

Im Pflegefall bleibt eine Kostenlücke

Ohne private Zusatzversicherung werden Patienten auch nach der angekündigten Reform deutlich draufzahlen

Von Klaus Geiger

(...) 2011 (...) will die Bundesregierung die Pflegeversicherung rundum reformieren - ein Jahr der Pflege hat Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) ausgerufen. Zentraler Punkt der Reform: Neben die gesetzliche Versicherung, bei der die Gesunden für die aktuell Pflegebedürftigen zahlen, soll eine zweite, kapitalgedeckte Säule gestellt werden. Noch ist nicht endgültig ausgemacht, ob es zu einer staatlich geförderten Privat-Versicherung nach dem Modell der Riester-Rente, zu einer ungeforderten privaten Pflicht-Versicherung oder einer Ergänzung innerhalb des Systems kommen wird. Doch welches Modell es auch wird - die zweite Säule wird Experten zufolge kaum dafür sorgen, dass Pflegebedürftige am Ende tatsächlich entscheidend mehr Geld bekommen.

Problem Heimkosten

„Die Heimkosten werden auch künftig sehr sicher nicht voll bezahlt“, sagt Martin Gasche vom Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel. „Die Reform dürfte vor allem dazu da sein, zukünftige Lasten anders zu verteilen.“ Grund ist die Alterung der Gesellschaft: Die Zahl der Pflegebedürftigen wird sich bis zum Jahr 2050 laut Bundesregierung womöglich auf rund 4,4 Millionen verdoppeln. Zugleich gibt es immer weniger Beitragszahler - weshalb mehr Geld ins System gepumpt werden muss, allein damit das heutige Niveau der Hilfen gehalten werden kann. Und das wiederum bedeutet: Die Pflegelücke bleibt.

Verbraucherschützer und Finanzexperten raten deshalb nach wie vor zu privater Extra-Vorsorge. „Es ist weiter grundsätzlich sinnvoll, eine Zusatzversicherung abzuschließen, weil die Pflegeversicherung wohl eine Teilkasko-Versicherung bleiben wird“, sagt Vorsorge-Experte Gasche. Ausgeschlossen ist aber nicht, dass jeder Bürger nach der Reform seine private Vorsorge etwas anders kalkulieren muss. Denn, fügt Gasche hinzu: „Es kann durchaus sein, dass die Lücke durch die Reform zunächst verkleinert wird.“ (...)

Der vollständige Artikel erschien in der Berliner Morgenpost am 7. Februar 2011.